



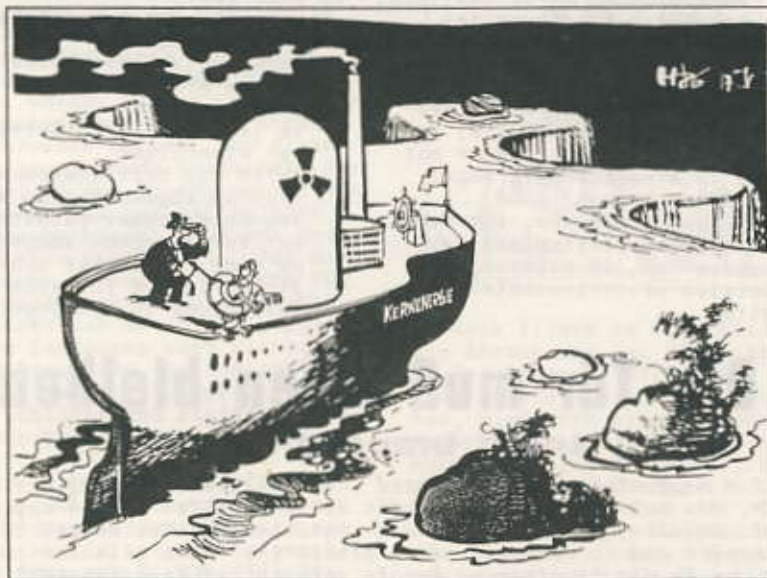
Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

September 1986

SPD beschließt Ausstieg Kernkraft nicht mehr verantwortbar

Mit der vom SPD-Parteivorstand im Mai dieses Jahres eingesetzten Kommission "Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft" unter dem Vorsitz von Volker Hauff, umweltpolitischer Sprecher der SPD, und Reimut Jochimsen, NRW-Minister für Wirtschaft und Technologie, versucht die SPD über die Entwicklung eines seriösen Konzeptes zur Energiepolitik eine bundesweite Lösung zu finden, die den Verzicht auf Atomkraft beinhaltet. Ein Zwischenbericht dieser Kommission wurde inzwischen der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach der Diskussion des Papiers auf dem Nürnberger Parteitag wurde ein Antrag verabschiedet, der den Ausstieg aus der Kernenergie in der Bundesrepublik innerhalb von zehn Jahren fordert.



„Aussteigen? Holst Dir doch einen fürchterlichen Schnupfen, Du Idiot!“

NRZ-Zeichnung: Hatzinger

Der Bericht beschreibt die Diskussion um die Atomenergie in der SPD, die 1956 begann. Damals galt die Atomkraft Politikern und Wissenschaftlern als eine unerschöpfliche Energiequelle, sauber und geräuschlos. Die wenigen warnenden Stimmen wurden überhört. Nach einem Prozeß des Umdenkens, vornehmlich in den siebziger Jahren, und nachdem sich durch die Katastrophen von Harrisburg und Tschernobyl auch die zivile Nutzung der Quelle Kernkraft als reale Gefahr für die gesamte Welt erwiesen hat, kommt die SPD zu dem Schluß, daß die Atomenergie nur noch für eine möglichst kurze Übergangszeit zu verant-

worten ist: "Wir sind die erste Generation der Menschheitsgeschichte, die sich keinen Fehler erlauben darf." (Olof Palme)

Die einzelnen Schritte bis zu dem Ziel, innerhalb von zehn Jahren auf der Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Konsenses eine Energieversorgung ohne Atomstrom zu verwirklichen, zeigt der Bericht auf rund 90 Seiten auf.

Bei einem Wahlsieg im Januar wird der schnelle Brüter in Kalckar gar nicht erst ans Netz gehen und der Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf nicht fortgesetzt. Neue Bau- und Betriebsgenehmigungen für Kernkraftwerke sollen nicht



Übrigens:

Ja, unser Bundeskanzler hat es nicht leicht gehabt in diesem Jahr. Da schickte er sich an, in Urlaub zu fahren, aber die richtige Stimmung wollte nicht aufkommen.

Vor ihm gähnte das große Sommerloch, in dem die Journalisten wieder alles Mögliche aufzählen, und hinter ihm türmten sich die Scherbenhaufen seiner Politik. Was war da nicht alles danebengegangen!

Den "Trümmerfrauen" hatte er versprochen, was für ihre Rente zu tun, zumindest denen ab Jahrgang 1921. Aber nun wollen sie alle was haben! Schnell hatte er noch eine Regelung gefunden. Alle bekommen etwas ab, die ältesten zuletzt. Vielleicht sterben sie ja bis dahin!

Die Arbeitslosigkeit richtet sich auch nicht nach den Richtlinien seiner Politik, sie will einfach nicht die Wende mitmachen.

Und dann SDI. Hatte er doch mit den Amerikanern einen Vertrag abgeschlossen, von dem die deutsche Industrie groß profitieren sollte. Und nun werden nur solche Aufträge nach Europa vergeben, die amerikanischen Firmen nicht haben wollen!

Und zu all dem noch dieser ewige Kleinkrieg zwischen CSU und FDP!

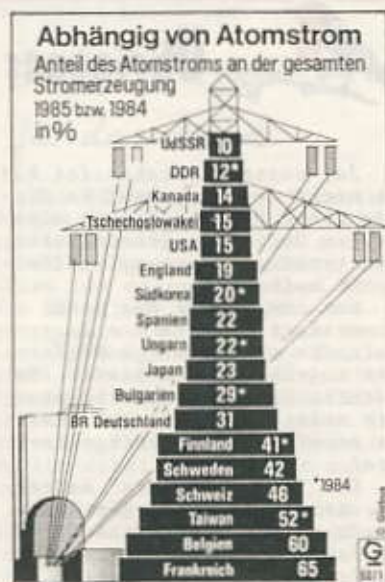
Da mußte etwas her, was die Leute ablenkt. Die Asylanten mußten herhalten.

Sogar das Grundgesetz sollte geändert werden: "Das Nähere regelt ein Bundesgesetz;" das wichtigste ist, daß man das Thema schön weiterkocht, Angst vernebelt nämlich die Gehirne!

Übrigens, Herr Kohl, der einschlägige Zusatz zum Artikel 19 des Grundgesetzes würde so lauten:

"Wer Bundeskanzler wird, regeln die Wähler."

mehr erteilt werden, die bestehenden Atomkraftwerke werden einer Sicherheitsprüfung unterzogen. Reaktoren, die den Sicherheitsanforderungen nicht genügen, werden sofort abgeschaltet. Der Export von Atomreaktoren aus EG-Mitgliedsländern in Drittländer soll verboten werden. Der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung soll kontinuierlich verringert werden. Innerhalb der ersten zwei Jahre müssen die ersten Atomreaktoren abgeschaltet werden. Dies wird, führt der Bericht aus, ohne Brüche in der Beschäftigung geschehen können, weil durch andere und neue Technologien wieder Arbeitsplätze entstehen.



Diese Pläne verlangen ferner eine Änderung des Atomgesetzes. Stilllegungen müssen gesetzlich verankert werden, die Begrenzung der Haftung für Atomkraftwerksbesitzer ist aufzuheben. Neugestaltet werden müssen auch das Energiewirtschaftsgesetz und die Bundestarifordnung. Aufgrund der Tatsache, daß die Stromerzeugung künftig ressourcenschonend und umweltfreundlich erfolgen soll, muß der Wirkungsgrad des Gesamtenergiesystems laufend verbessert werden. Kommunale und industrielle Eigenerzeugung sowie dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung müssen begünstigt, neue Kraftwerkstechnologien und regenerative Energiequellen verstärkt gefördert werden. Begleitend unterstützende Maßnahmen können Wärmedämmung, Stromersparungen und die Nutzung der Mikroelektronik sein.

Die Untersuchungsergebnisse der Kommission zeigen, daß das Umsteigen auf ein Energiesystem ohne Atomkraft machbar ist, daß es auch ökonomisch, ökologisch und sozialverträglich gestaltet werden kann. Die wirtschaftlichen Folgen für den Privathaushalt wären nach allen Berechnungen eine monatliche Mehrbelastung von maximal 10 Mark. Die deutsche Industrie müßte im Schnitt eine Kostensteigerung von 0,2 Prozent hinnehmen.

Voraussetzung für ein Gelingen dieses "Zehn-Jahres-Planes" ist allerdings eine konstruktive Zusammenarbeit aller Politiker, der

Wirtschaft und der Bürger in der Bundesrepublik, denn die erforderlichen Gesetzesänderungen, derer dieser aufgezeigte Ausweg aus den atomaren Risiken bedarf, sind ohne eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat nicht zu erreichen.

Der ca. 90seitige Zwischenbericht "Die Lehren von Tschernobyl: Von der Empörung zur Reform", dessen wesentliche Aussagen in diesem Bericht zusammengefaßt sind, kann beim SPD-Parteivorstand in Bonn, Ollenhauerstraße 1, unter der Bestellnummer 320584 (Preis: DM 3,30) angefordert werden.

Informationen für Arbeitnehmer heute:

Befristete Arbeitsverhältnisse

Am 1. Mai 1985 trat das sogenannte "Beschäftigungsförderungsgesetz" in Kraft. Es erweitert unter anderem die Möglichkeiten, befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen.

Was ist ein Zeitvertrag? Wie der Name sagt, wird ein befristeter Arbeitsvertrag nur für eine bestimmte Zeit abgeschlossen. Danach endet er automatisch, eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

In der Regel beträgt die Höchstdauer für einen Zeitvertrag 6 Monate. Diese Frist verlängert sich auf 18 Monate, in neu gegründeten Unternehmen mit bis zu 20 Arbeitnehmern sogar auf 2 Jahre, wenn

- ein Auszubildender, für den kein Dauerarbeitsplatz vorhanden ist, im bisherigen Betrieb weiterbeschäftigt wird;

- ein Arbeitnehmer neu eingestellt wird. Er darf nicht unmittelbar davor im gleichen Unternehmen beschäftigt gewesen sein.

In Fällen, in denen ein sachlicher Grund für die Befristung besteht (z.B. Schwangerschaftsvertretung), ist die zulässige Dauer abhängig von der Aufgabe.

Normalerweise darf nur einmal ein befristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden. Wenn jedoch ein sachlicher Grund vorliegt oder nach einer Unterbrechung von 4 Monaten kann er erneut abgeschlossen werden.

Was sind die Folgen? Der Kündigungsschutz wird durchlöchert, damit das "Heuern und Feuern" erleichtert, die Zahl der Arbeitskräfte kann so leichter den Produktionsschwankungen angepaßt werden. Unternehmerisches Risiko wird auf die Arbeitnehmer verlagert, der Druck auf sie wird verstärkt.

Besonders betroffen sind Frauen und junge Arbeitnehmer. Normalerweise darf während des Wehrdienstes oder der Schwangerschaftsschutzfristen nicht gekündigt werden, der Arbeitnehmer muß danach weiterbeschäftigt werden.

Dies kann durch befristete Arbeitsverträge umgangen werden. Denn es besteht kein Weiterbeschäftigungsanspruch, wenn der Zeitvertrag während der Schwangerschaft oder des Wehrdienstes zu Ende geht.

Was kann der Arbeitnehmer nun tun? Er sollte

- nach Möglichkeit keine befristeten Arbeitsverträge abschließen;
- in jedem Fall den Betriebsrat einschalten
- falls ein befristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde, den Unternehmer rechtzeitig vor Vertragsende ansprechen, um eine (möglichst schriftliche) Zusage für eine feste Anstellung zu erhalten.

Die Tür muß offen bleiben Asylanten brauchen Hilfe

Die Asylantenproblematik wird ein Punkt im Wahlkampf der CDU sein, das hat ihr Generalsekretär Heiner Geisler soeben angekündigt. Geisler, der noch nie davor zurückschreckte, andere zu beschimpfen und zu verunglimpfen, glaubt ein Thema gefunden zu haben, um in der Bevölkerung Ängste schüren und damit von der gescheiterten Politik der Wenderregierung ablenken zu können. Daß dafür Menschen herhalten müssen, die ihre Heimat verloren haben, ist eher abscheulich als christlich.

"Der Asylantenstrom muß gestoppt werden, eine Flut von Asylanten bedroht unser Land." Mit diesen Schlagzeilen versuchen Regierung und Medien tagtäglich, der Bevölkerung einzuhämmern, wir seien bedroht.

Merken sie dabei eigentlich, daß sie dieselben Wörter benutzen, wenn sie über die Massenimporte von Autos, Plattenspielern oder anderen Produkte aus Fernost berichten? Sind Menschen bei uns schon zur Ware geworden?

Die Angst vor dem Anderssein ist ja nichts Neues. Sie hat es immer schon gegeben. Aber wäre es nicht Aufgabe der Politiker, diese Angst abzubauen, statt sie zu schüren? Bietet der Kon-

takt mit Menschen, die anders sind als wir, nicht auch für uns Chancen?

Und dann die Zahlen, mit denen operiert wird. Dabei steht die Bundesrepublik lange nicht an der Spitze, wenn man die Zahl der Flüchtlinge auf die jeweilige Bevölkerungszahl eines Landes bezieht. Viele Staaten rangieren hier vor uns, Staaten, denen es wirtschaftlich lange nicht so gut geht wie uns.

Das Asylrecht wird in großem Maße mißbraucht, wird behauptet und dabei auf die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge gedeutet. Diese, man sollte sie besser Armutsflüchtlinge nennen, seien gar nicht politisch verfolgt.

An der Mehrheit vorbei

CDU und Frauenpolitik

Frauenpolitik ist neuerdings in bei der CDU, zumindest was die Wahlkampfversprüche ihrer Führungsfiguren angeht. Die betroffenen Frauen selber wissen es aus eigener Erfahrung besser. Sie wurden von der bisherigen "geistig-moralischen Erneuerung" der Wiedereingliederung am härtesten getroffen.

"Neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" - die CDU/CSU hat die Frauenpolitik für sich entdeckt. Neuestes Zeichen dieses Wandels ist die Ernennung von Frau Süßmuth zur Frauenministerin. Aber was, außer einem neuen Titel für die Ministerin, haben uns die Konservativen noch beschert?

- die Unterhaltsansprüche geschiedener Frauen wurden gekappt;
- die Steuerreform begünstigt Spitzenverdiener - in der Regel keine Frauen;
- der neu eingeführte Kinderfreibetrag bevorzugt dieselbe Gruppe;
- das neue Erziehungsgeld wurde gegenüber dem Mutterschaftsgeld um 20% (von 750 auf 500 DM) gesenkt.

Ganz auf der Höhe der Zeit, geht die CDU/CSU auch die Probleme der berufstätigen Frauen an. So rühmt sich Arbeitsminister Blüm, mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessert zu haben.

Dagegen spricht nicht nur, daß die Frauenarbeitslosigkeit unter seinem Zepter mit rund 10,5% einen neuen Höchststand erreicht hat. Auch die viel gepriesenen Verbesserungen entpuppen sich bei näherer Betrachtung als äußerst dubios.

Nach Blüms Aussagen dient die Erleichterung befristeter Arbeitsverträge vor allem der Einstellung von Frauen. Vorliegende Untersuchungen bestätigen auch, daß Zeitverträge überwiegend mit Frauen abgeschlossen wurden. Der Arbeitsminister verschweigt nur, daß diese Frauen spätestens nach 18 Monaten wahrscheinlich wieder auf der Straße stehen werden und daß sie im Falle einer Schwangerschaft in vielen Fällen keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung nach dem Mutterschaftsurlaub haben.



Der Arbeitsminister hält sich zugute, Teilzeitbeschäftigung gegen Benachteiligung abgesichert zu haben. Bei variabler Arbeitszeit müssen Mindestankündigungsfristen eingehalten werden, außerdem wurden Mindestarbeitszeiten und damit indirekt Mindestarbeitsverdienste festgelegt.

Blüm verschweigt aber, daß diese Vorschriften nur gelten, wenn im Arbeits- oder Tarifver-

Das ist teilweise richtig. Viele kommen zu uns, weil sie zuhause durch Dürren oder Krieg keine Lebensgrundlage mehr haben. Sollen wir sie zurückschicken und damit dem Tod ausliefern?

Sicher, es gibt auch hier und dort Mißbrauch, aber das darf man nicht verallgemeinern!

Glauben wir denn im Ernst, daß es Menschen leicht fällt, ihre Heimat, oft genug Familie und Freunde aufzugeben und in eine ungewisse Zukunft zu gehen?

Um dem Mißbrauch zu begegnen gibt es nur die Möglichkeit, endlich den internationalen Schlepperorganisationen das Handwerk zu legen, die an der Not von Menschen verdienen wollen.

Was können hiesige Regierungen noch tun? Sie können mithelfen, die Ursachen für die Flüchtlingsströme zu beseitigen durch effektive Entwicklungshilfe. Auch sollte endlich die Zusammenarbeit mit Folterregimes eingestellt werden.

Aber besinnen wir uns auf die Grundlagen unseres Asylrechtes.

Für die Bundesrepublik ist die Aufnahme von Flüchtlingen auch eine historische Verpflichtung, die aus den Erfahrungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft resultiert: 800.000 Deutsche fanden während der Nazizeit Asyl in anderen Ländern, viele auch in Ländern, aus denen heute Flüchtlinge zu uns kommen, wie beispielsweise aus der Türkei.

Hunderttausende von Sinti und Roma hätten damals noch gerettet werden können, wenn andere Staaten ihre Grenzen nicht verschlossen hätten. Vor diesem Hintergrund wurde seinerzeit der Artikel 16 des Grundgesetzes vom Parlamentarischen Rat beraten und verabschiedet. Aus den Verhandlungen ergibt sich, daß das Asylrecht in voller Absicht für alle politisch Verfolgten ohne Rücksicht auf deren Zahl, politische Tendenzen oder wirtschaftliche Situation gelten soll. Artikel 16 des Grundgesetzes sagt schlicht und einfach: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht".

Die historische Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen, hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner vielbeachteten Rede vom 8. Mai 1985 den Deutschen ins Bewußtsein gerückt: "Wenn wir uns erinnern, wie rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen."

Die evangelische und die katholische Kirche haben gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund ein Informationsblatt herausgegeben, in dem sie eindringlich mahnen, diese Verpflichtung nicht zu vergessen. Gerade hier haben Christen die Möglichkeit, ihr Christsein unter Beweis zu stellen und denen, die in Not sind, zu helfen.



Noch frisch im Gedächtnis - die Anrechnung der "Babyjahre" in der Rentenversicherung. Ohne Zweifel ein lobenswertes Vorhaben, wird doch hier der Ansatz gemacht, auch die Tätigkeit der Hausfrauen gesellschaftlich anzuerkennen und finanziell zu entgelten. Daß dabei die "Trümmerfrauen" ausgeschlossen wurden, die am meisten darauf angewiesen wären und die schon jetzt einen Anspruch auf Zahlung gehabt hätten, schien für die "Volks"-Partei unbedeutend zu sein. Man wird aber den Verdacht nicht los, daß alles als wohlkalkulierter Schachzug geplant war: man läßt seine "Verdienste" um Frauenrechte feiern, nur zählen, das sollen doch bitte schön die Regierungen nach uns.

In der Tat, ein gelungenes Sparkonzept, die Kasse des Oberstabschefs Stoltenberg stimmt! Dafür blieben noch ein paar Mark mehr für die Frühpenionierung von Bundeswehroffizieren....

Auch ansonsten hat sich die jetzige Regierung in vielfältiger Weise um des Einkommen der Frauen "gesorgt":

- die Reform der Hinterbliebenenversorgung hat keiner Frau einen Vorteil gebracht;

trag nichts anderes vereinbart wird. Wahrlich schon fast die Quadratur des Kreises - man legt Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer fest und stellt gleichzeitig sicher daß jeder Unternehmer hiervon abweichen kann, wenn ihm diese Regelungen nicht passen.

Fazit: außen hui, innen pfui! Die sogenannte Volkspartei versteht es damit glänzend, an der Mehrheit des Volkes, den Frauen, vorbeizuregieren. Änderungen werden nur aus Furcht vor drohenden Wahlverlusten gemacht, nicht aus Einsicht in die Richtigkeit und Notwendigkeit einer bestimmten Politik. Dies hat uns nicht zuletzt die Hektik um die Trümmerfrauenregelung eindrucksvoll bestätigt.

Großes Engagement für das Feld

Das Engagement der Endenicher Bürger für ihr Meßdorfer Feld ist ungebrochen. Hatten sich schon im Juni etwa hundert von ihnen bei einem Infostand für die Erhaltung des Feldes ausgesprochen, so brach nach der letzten Ausgabe unserer Zeitung eine Flut von Zuschriften über die Redaktion von ROTKEHLCHEN herein. Die Meinungen gehen in dieselbe Richtung. Die Redaktion ist dabei, die Briefe auszuwerten.

Im Stadtplanungsausschuß wird die SPD einen neuen Vorstoß unternehmen, um das Feld in seiner jetzigen Nutzung zu erhalten.

Darüber und über das Ergebnis der Auswertung werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Schon jetzt sagen wir allen, die sich beteilig haben, herzlichen Dank!

Abdeckelung der Autobahn in Sicht?

Seit Jahren fordert die Endenicher SPD, die Autobahn zwischen dem Endenicher Ei und der Brücke am Wiesenweg abzudecken, um die Trennung des Musikerviertels von Endenich aufzuheben und Platz für verkehrsberuhigende Maßnahmen zu bekommen. Über die neueste Entwicklung in dieser Sache berichtet Stadtverordneter Horst Bachmann.

Am 14. Juni 1973 haben die Stadtverordneten Horst Bachmann und Dieter Witte im Rat die Überbauung der Stadtautobahn zwischen Endenicher Ei und Endenicher Allee angesprochen.

Die Verwaltung hat dieses Projekt dann immer wieder hin und her geschoben. Erst am 20. August 1984 ist aufgrund einer Dringlichkeitsanfrage der SPD die Angelegenheit erneut, und zwar am 12. September 1984, im Stadtplanungsausschuß und anschließend im Hauptausschuß behandelt worden.

Der Hauptausschuß hat die Verwaltung beauftragt, die Schließung des Autobahntroges

1. ENDENICHER BURGFEST

Samstag, 20. September 1986, 13 Uhr

Programm

13.00 Uhr: Kinderflohmärkt

14.00 Uhr: Spielmannszug Rot-Weiß
Duisdorf

14.30 Uhr: Zauberer

15.00 Uhr: Two for you - Folk-Theater
Clownerien, Slapstick, Akrobatik

17.00 Uhr: AG Volkstanz

19.00 Uhr: Es spielt für Sie:
"M.A.C.S. Malibu"

ab 15.00 Uhr: Kinderfest

Auch für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt!

- Kaffee und Kuchen
- jugoslawische, griechische und chilenische Spezialitäten
- Bier, Wein, Limo, Cola

Auch Infostände stehen für die Besucher bereit

zwischen Endenicher Ei und Wiesenweg in ihre Planungsüberlegungen einzubeziehen, um einen optimalen Schallschutz zu erreichen und die Verbindung zwischen Endenich und dem Musikerviertel zu verbessern.

Nachdem sich trotz dieses Hauptausschußbeschlusses wiederum eineinhalb Jahre lang nichts getan hat, haben die Stadtverordneten Bachmann und Witte in der Sitzung der Bezirksvertretung Bonn am 24. Juni 1986 erneut nach dem Sachstand gefragt.

Die Verwaltung hat hierauf mitgeteilt, daß die Schließung des Troges einen größeren finanziellen Aufwand erfordern wird und daß die Verhandlungen schwierig sind.

Die Maßnahme wird insgesamt von den zuständigen Dienststellen unter dem Gesichtspunkt von Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Bonn positiv beurteilt.

Die Verwaltung schätzt den weiteren Zeitablauf so ein, daß die Planfeststellungsunterlagen bis Ende 1987 erarbeitet werden und das Planfeststellungsverfahren im Laufe des Jahres 1988 eingeleitet werden kann.

Das ist ein Silberstreif am Horizont, wenn die Verwaltung diesen Terminplan einhält. Immerhin werden aber auch nach

dieser Planung sicherlich noch drei bis vier Jahre vergehen, bis die Baumaßnahme abgeschlossen ist. Aus diesem Grunde haben unsere Stadtverordneten die Verwaltung aufgefordert, sich eine Zwischenlösung für den Lärmschutz einfallen zu lassen.

Wir werden in dieser Frage am Ball bleiben.



Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.300
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156